Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/144
25.01.2013

Ausschuss für Europa und Eine Welt

6. Sitzung (öffentlich)

25. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 10:40 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
Vorlage 16/511

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 030** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 040** – **Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei

Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 110** – **Vertretung des Landes bei der Europäischen Union** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt dem Einzelplan 02** – **Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der Piraten **zu**.

2 Auswertung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission 2013 für die Landespolitik und die daraus abgeleiteten europapolitischen Prioritäten der Landesregierung **10**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/570

Im Anschluss an den Bericht von Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) schließt sich eine Aussprache an.

3 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschiften der Mitgliedsstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen – KOM (2012) 788 endg., BR-Drs-Nr: 820/12 **17**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/571

Antrag der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/1961

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) berichtet.

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/1961** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

4 Verschiedenes **24**

– Siehe Diskussionsteil.

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
Vorlage 16/511

Vorsitzender Nicolaus Kern erinnert daran, dass Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren ihren Einführungsbericht zum Haushalt 2013 in der letzten Sitzung am 11. Januar 2013 nach dem umfangreichen Bericht des Botschafters unter höchstem Zeitdruck habe geben müssen. Dafür bedanke er sich noch einmal.

Für heute seien die Einzelberatungen der Haushaltsansätze sowie die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen. Mit Vorlage 16/511 liege auch der Ergebnisvermerk des Gesprächs der Berichterstatter zum Einzelplan 02 vor.

Für die Einzelberatung zum Einzelplan 02 schlage er vor, in chronologischer Reihenfolge vorzugehen. Er werde die einzelnen Kapitel aufrufen.

Zu **Kapitel 02 030 – Europa** – hält **Ilka von Boeselager (CDU)** fest, die Mehrausgaben von 3.200 € hätten damit zu tun, dass das Polen-NRW-Jahr abgewickelt werde. Im Jahre 2013 seien keine besonderen Highlights zu erkennen. Die Ansätze in Kapitel Europa seien wieder auf die Höhe der Ansätze im Jahre 2011 zurückgeführt worden. Sie bedauere, dass man keine neuen Schwerpunkte beim Thema Europa gesetzt habe. Die regierungstragenden Fraktionen hätten sicher die Anweisung bekommen, gewisse finanzielle Höhen nicht zu überschreiten.

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren, geht davon aus, dass es jenseits gelegentlicher parteipolitischer Polemiken gemeinsame Auffassung sei, dass die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben werden müsse. Das trage jedenfalls die Opposition immer wieder vor. Die Landesregierung habe überall, wo es möglich sei, nach solchen Konsolidierungspotentialen gesucht. Als zuständige Ministerin mache sie es nicht gerne, nach solchen Potentialen suchen zu müssen und sie zu finden.

Wenn auch kein spezielles Jahr ausgerufen worden sei, setze die Landesregierung einen besonderen Akzent, indem sie sich im Rahmen des 50-jährigen Geburtstages des Élysée-Vertrages engagiere. Sie verweise auf die gemeinsame Veranstaltung im Landtag. Die Veranstaltung sei sehr schön und wichtig gewesen. Darüber hinaus gebe es weitere Akzente und Wettbewerbe. Das wolle sie jetzt nicht wiederholen. Es werde versucht, mit Hilfe der Haushaltsansätze die Europapolitik weiter voranzubrin-

gen und die Kommunikation zu stärken, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses gemeinsame einige Europa auch als ihr Anliegen verstehen könnten.

> Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 030** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion **zu**.

Zu **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – merkt **Marcus Optendrenk (CDU) an,** das Berichterstattergespräch sei sehr erhellend für diese Haushaltsposition gewesen. Der Ausschuss habe sich ja aus Zeitgründen entschieden, den Bericht über die neue Eine-Welt-Strategie zu verschieben, sodass er im Ausschuss noch nicht so angekommen sei. Er frage, ob der Ausschuss ohne Kenntnis dieser Eine-Welt-Strategie auf der Basis der Erläuterungen im Berichterstattergespräch überhaupt in der Lage sei zu beurteilen, ob das, was beabsichtigt sei, auch das sei, was die Abgeordneten wollten. Er frage die Ministerin, ob sie in der Lage sei, in aller Kürze dazu Erläuterungen zu geben. Die Haushaltsansätze alleine genügten da nicht.

Er habe im Berichterstattergespräch den Eindruck gewonnen, dass es eine konkret ableitbare Strategie gebe. Sie sei bisher im Ausschuss noch nicht erörtert worden.

Werner Jostmeier (CDU) macht darauf aufmerksam, dass in **Kapitel 02 040** – **Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – Titel 687 00 – Zuschüsse für Projekte im Ausland** – der Ansatz um 402.800 € zurückgefahren worden sei. Dieser Titel sei in den vergangenen zwei Jahren mehrfach hinterfragt worden. In den Jahren 2005 bis 2010 habe Schwarz-Gelb den Titel Zuschüsse für Projekte im Ausland beibehalten. Natürlich habe das Land nur sehr begrenzt Möglichkeiten zur Außenpolitik und Entwicklungshilfe. Er wüsste gerne, in welchem Verhältnis zum Gesamtansatz die konkreten Projekte zurückgefahren worden seien und in welchem Verhältnis sie zu den Bildungsmaßnahmen in NRW stünden.

Markus Töns (SPD) gibt an, die Eine-Welt-Strategie liege als Dokument dem Landtag vor. Im Ausschuss sei darüber noch nicht debattiert worden. Das habe damit zu tun, dass alle Fraktionen mit einer Verschiebung des Themas einverstanden gewesen seien. Die Annahme, dass der Ausschuss keine Kenntnis über die Eine-Welt-Strategie habe, sei nicht richtig. Der Ausschuss entscheide hier auch nicht, ob die Eine-Welt-Strategie angenommen werde oder nicht. Das sei eine Entscheidung der Landesregierung. Der Ausschuss sei in der Lage, über diesen Haushaltsansatz zu befinden.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) räumt ein, natürlich gebe es einen Kabinettsbeschluss über die Eine-Welt-Strategie, der auf der Internetseite der Landesregierung zu finden sei. Im Berichterstattergespräch habe er den Eindruck gewonnen, dass vieles, was mit abstrakten Worten in der Eine-Welt-Strategie der Landesregierung ste-

he, der Konkretisierung bedürfe, damit man beurteilen könne, wie es sich im Haushalt abbilde. Er habe an dem Berichterstattergespräch teilgenommen. Ihn interessiere, was hinter den Worten stehe. Bezüglich der Grundsatzstrategie möge man im Detail diskutieren, ob sie in der Gesamtphilosophie stimme oder nicht.

Stefan Fricke (PIRATEN) erklärt, seiner Fraktion erschließe sich nicht, wie die Mittelkürzungen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit der neuen Eine-Welt-Strategie zu vereinbaren seien. Die Strategie spreche von Zukunftsperspektive und nachhaltiger Zusammenarbeit. Gleichzeitig stünden kaum Mittel zur Verfügung. Er fürchte, dass es im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu einem massiven Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Partner komme. Man rede hier von Haushaltseinsparungen im Promillebereich, die aber NRW international viel Ansehen kosten könnten. Er bitte die Landesregierung darzulegen, wie dieses Spannungsfeld entschärft werden solle.

Nach Aussage von **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK)** sind die Möglichkeiten einer Landesregierung beschränkt – Dr. Optendrenk habe darauf hingewiesen –, außenpolitische Aktivitäten zu entfalten und sich im Bereich der Eine-Welt-Politik zu engagieren. Die erste Zuständigkeit liege in der Bundespolitik.

Nichtsdestotrotz sehe die Landesregierung aus unterschiedlichen Gründen die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit, sich für das Land zu engagieren. Das liege darin begründet, dass NRW selbstverständlich eine große historische Verantwortung und wirtschaftliche Interessen habe. Des Weiteren liege es darin begründet, dass das Land eine Verantwortung für die Entwicklung der gemeinsamen Welt habe. Das seien die Voraussetzungen dafür, dass die Eine-Welt-Strategie tatsächlich eine Strategie der Landesregierung sei, die das gesamte politische Handeln betreffe.

Es gehe nicht nur um den Bereich, der sich haushaltsmäßig bei der Staatskanzlei niederschlage. Man werde verschiedenen Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit und der Eine-Welt-Politik in verschiedenen Ressorts wiederfinden, etwa im Bereich des Wissenschaftsministerium, wenn sie an Wissenschaftspartnerschaften denke, oder im Bereich Wirtschaft, wenn es darum gehe, Wirtschaftspartnerschaften zu aktivieren. Im Bereich der Schule gebe es Aktivitäten, auch in der Umweltpolitik.

Die von ihr angesprochene Beschränkung habe dazu geführt zu sagen, die Hauptaufgabe des Landes müsse es sein, Impulsgeber für Politik zu sein und Koordination voranzubringen, damit tatsächlich eine kohärente Politik betrieben werde, damit auch die Partner, die sich engagierten, in ein gemeinsames Konzept involviert seien. Das seien wiederum Partner außerhalb der Landesregierung. Angesprochen sei die Wirtschaft. Besonders engagiere sich hier die Bürgergesellschaft, die Zivilgesellschaft.

Das Land habe Partnerschaften, was sich in der Strategie niederschlage. Das könne man über Haushaltsansätze darstellen. Wenn Sie die Eine-Welt-Politik herausgreife, stelle sie fest, dass das Land Partnerschaften mit Ghana und der Provinz Mpumalanga in Südafrika pflege, wo sich das Land besonders engagiere, nicht zuletzt um dazu beizutragen, dort eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen und

dieses beispielhaft zu tun, um mit den Partnern für die Bildungsarbeit im Land aufzeigen zu können, was eine kohärente Eine-Welt-Politik bewirken könnte.

Das passiere auf ganz bescheidenem Niveau.

In der Strategie seien fünf Haupthandlungsfelder festgelegt worden. Auch da könne man nicht alles Mögliche abdecken. Das wolle sie gerne im Rahmen der Vorstellung der Eine-Welt-Strategie noch einmal näher erläutern.

Zu den tatsächlichen Kürzungen, die im Gesamthaushalt für diesen Bereich vorgenommen worden seien: Die Befürchtung, dass bei den Partnern Unmut entstehen oder Partnerschaften nicht gepflegt könnten, könne sie ausräumen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass es nicht allein um das Budget ihres Ressorts gehe, dass es nicht allein um finanzielle Zuwendungen gehe, sondern um Zusammenarbeit, um Partnerschaft. Es sei richtig, dass man im Bereich der Bildungsprogramme und der Auslandsarbeit Kürzungen vorgenommen habe und damit den Konsolidierungsbeitrag leiste.

Zu der Frage, wie hier trotzdem die Möglichkeit gesehen werde, dass die Arbeit weiter fortgesetzt werden könne: In Gesprächen mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen habe man erreicht, dass die Stiftung in vergleichbarem Umfang die Bildungsprogramme übernehmen, sich mit den entsprechenden Partnern engagiere könne.

Zum Zweiten: Auch in der Vergangenheit habe das Land ein Mietzuschuss an die Vorgängerorganisation der GIZ von 1,3 Millionen € geleistet. Dieser Mietzuschuss, der aus dem Berlin/Bonn-Gesetz resultiere, weil die entsprechenden Organisationen von Berlin nach Bonn gewandert seien, sei ein Zuschuss, mit dem das Land keinerlei inhaltliche Steuerungen habe vornehmen können. Im vergangenen Jahr habe das Land ein Abkommen mit der GIZ geschlossen, wonach diese 1,3 Millionen € weiter an die GIZ gegeben würden, damit nun Projekte von Partnern in Nordrhein-Westfalen finanziert würden.

Damit könne dieser gesamte Betrag – es sei mehr als das, was das Land insgesamt eingespart habe – tatsächlich für Projektarbeiten eingesetzt werden. Es gebe eine Reihe interessanter Dinge, die in Gang gekommen seien, die weiter unterstützt werden sollten, zum Beispiel Projekte zum Thema Erneuerbare Energien oder aus dem Bereich der Medien. Sie versichere, diese Arbeit könne sehr gut weiter fortgesetzt werden.

Dr. Ingo Wolf (FDP) unterstreicht, die Haushaltsberatungen böten traditionell Anlass, sich insgesamt mit der Haushaltspolitik auseinanderzusetzen. Es sei kein Geheimnis, dass seine Fraktion dem Haushalt der Landesregierung in dieser Form die Zustimmung nicht erteilen könne. Das gesamte Haushaltsgebaren sei nicht auf Konsolidierung ausgerichtet. Es gebe nur einige Ansätze.

Seine Fraktion vermisse die große Linie. Wenn man sehe, dass der Bund, der vier Jahre vorher konsolidieren müsse, voraussichtlich zwei Jahre eher nettoneuverschuldungsfrei sein werde, sei das hier alles andere als ambitioniert.

Die Frage der Haushaltsgestaltung im Bereich Europa lasse an der einen oder anderen Stelle das Bemühen erkennen, auch zu reduzieren. Seine Fraktion habe in den vergangenen Jahren bereits einige Punkte kritisiert – Förderung der Entwicklungshilfekoordinatoren, im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit würden die Konsolidierungspotentiale nicht genutzt. Seine Fraktion werde dem Haushalt und dem Kapitel Europa nicht zustimmen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) möchte wissen, ob die FDP-Fraktion in dieser Sitzung Änderungsvorschläge für den Haushalt vorlege.

Dr. Ingo Wolf (FDP) antwortet, in dieser Form sei der Haushalt nicht zustimmungsfähig. Seine Fraktion habe mehrfach in der Vergangenheit angemahnt, dass Kürzungspotenziale sowohl im Bereich der Entwicklungshilfekoordinatoren als auch bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit nicht ausgeschöpft worden seien. Der Haushalt sei nicht zustimmungsfähig.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 040** – **Internationale Angelegenheiten und Eine Welt** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt Kapitel 02 110** – **Vertretung des Landes bei der Europäischen Union** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss** für **Europa und Eine Welt stimmt dem Einzelplan 02** – **Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der Piraten **zu**.